

**An**

Frau Ministerin Angela Dorn  
Ministerium für Wissenschaft und Kunst  
Rheinstraße 23-25  
65185 Wiesbaden

**und**

Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier  
Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Straße 1  
65183 Wiesbaden

---

**Zur Kenntnisnahme**

Herrn Dr. Helge Braun  
Kanzleramtsminister und Abgeordneter im Bundestag des  
Wahlkreises Gießen

**Kopie an**

Kulturpolitische Sprecher MdL  
Presse  
u. w.

---

Gießen, den 25.10.2020

**Offener Brief / Hilfe für selbstständige Kulturschaffende in Hessen seit Ausbruch des Sars-CoV-2**

Sehr geehrte Frau Ministerin Dorn, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

wir sind uns zwar bereits begegnet, dennoch stelle ich mich kurz vor. Mein Name ist Irina Ries, ich bin freischaffende Schauspielerin und stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) und aktives Mitglied im ensemble-netzwerk e. V.

Seit Ende Februar dieses Jahres ist uns Künstler:innen die Berufsausübung stark eingeschränkt, zeitweise sogar verboten worden. Die Gründe „Kontrolle und Eindämmung der Pandemie“ sind bekannt und nachvollziehbar, die Folgen aber für uns Freischaffende schwerwiegend. **Wo bleiben die angekündigten Hilfen des Landes?** Einige Fragen hierzu drängen sich mir seither auf:

**Warum, Frau Ministerin, Herr Ministerpräsident, übernimmt der Bund eine Rettung von Betrieben und Arbeitsplätzen, bspw. durch Kurzarbeit, während wir Selbstständige nahezu leer ausgehen?**

**Finden Sie es gerecht, uns immer wieder auf das übliche Rettungspaket Harz IV zu verweisen,** bei dem, so es für jmd. greift, jeder verdiente Cent gegengerechnet wird und wir gleichzeitig an unsere finanziellen Reserven gehen müssen, die bspw. für unsere Altersvorsorge gedacht waren?

Wir sind doch nicht alle arbeitslos, unsere Berufsausübung wird eingeschränkt oder uns unmöglich gemacht.

Und wie lange noch? Wann werden Gäste wieder engagiert?

Schreibt mir dann der oder die Arbeitgeber:in auch, wie bei vielen meiner Kolleg:innen, Corona-Klauseln in den Vertrag, die noch mehr Risiko auf mich abwälzen?

**Wussten Sie, dass Ihre Theater diese neuartigen Verträge vorlegen?**

Im April, Frau Dorn, hatte ich erstmals bezüglich der Pandemie per Mail zu Ihnen Kontakt aufgenommen. Bis unsere Zoom-Konferenz mit Ursula Hering (Vorsitzende des Landesverbandes H/R-P/S der GDBA) und Jan Sebastian Kittel aus Ihrem Ministerium am 12. Mai zustande kam, erforderte es einige Mails von uns, um schlussendlich erst nach 4 Wochen ein erstes Gespräch führen zu können. Mein Protokoll hierzu mit Fakten zur Lage und Fragen, um deren Beantwortung Sie sich bemühen wollten, bekamen Sie am 17. Mai.

**Haben Sie sich, Frau Dorn, um die Beantwortung unserer Fragen vom 12. Mai bemüht?**

**Haben Sie überprüft, dass sich einige Häuser vor Ausfallhonoraren drücken und sich somit ihrer Verantwortung entziehen?**

Nach dem Motto: friss oder stirb! - Aus Angst, Folgeengagements zu riskieren, wagen viele Gäste nicht, Rechtsbeistand einzuschalten. Dieser eingeschaltet, erwirkt überraschend schnell ein Vergleichs-Angebot.

Ich teilte Ihnen, Frau Ministerin, bereits am 12. Mai mit,

- dass wir „Freien“ bereits seit mindestens 2 Monaten Gagenausfälle haben (also seit Mitte März) und fast alles an Aufträgen abgesagt wurde,
- dass das **Arbeitsstipendium** in Höhe von 2.000 Euro, welches viel zu spät erst im Juni beantragt werden könne, auch für Nicht-Mitglieder der Künstlersozialkasse (KSK) zugänglich sein sollte,
- dass das **Projektstipendium** im Juni schon kommen sollte, weil bereits an Ideen gearbeitet werde und die Gefahr bestünde, dass es bis August vielleicht schon obsolet sei, da einige nicht so lange durchhalten könnten oder dann bereits keine Zeit mehr hätten, weitere Projekte unterzubringen.

Bis heute: Keine Reaktion Ihrerseits. Kein Verständnis, kein Eingehen auf meine Anregungen und auf weitere Mails!

Der Oktober ist so gut wie vorbei und ich weiß nicht einmal, ob ich für das Projektstipendium ausgewählt wurde. Wie schon beim Arbeitsstipendium wurden das Prozedere und die Richtlinien hierzu viel zu spät kommuniziert. Ich arbeite zurzeit ohne Einkommen, lerne beispielsweise Texte und kreierte Programme, ohne zu wissen, ob und wo ich hiermit auftrete.

Mit unserer Gewerkschaft (GDBA) und dem ensemble-netzwerk kämpfen wir Theaterschaffende schon seit Jahren für faire Löhne und einen angemessenen Tarifvertrag. Jetzt in der Krise zeigt sich, wie prekär die Situation ist

In den Theatern des Deutschen Bühnenvereins gilt bundesweit seit September 2017 eine Mindestgage in H. v. 2.000 Euro, brutto. Dankenswerterweise hat die Landesregierung Hessen seit Januar 2020 für ihre Häuser eine Gagenuntergrenze von 2.300 Euro festgelegt. Im Vergleich zu entsprechenden Tarifen im öffentlichen Dienst, wo Hochschulabsolventen mit ca. 3.000 Euro anfangen (TV-H) ist das leider noch immer unbefriedigend und wird auch noch immer nicht allorts umgesetzt!

Gäste, die **weisungsgebunden** – auch für nur eine Produktion – versicherungspflichtig beschäftigt werden, erhalten selten eine höhere Gage, die bspw. ausgleicht, dass zwei Haushalte finanziert werden müssen oder berücksichtigt, dass um das Gastengagement herum Zeiten ohne Engagements liegen. Hingegen sind Engagements an Privattheatern, Auftritte mit Soloprogrammen, Coaching u. v. m. **selbstständige** Tätigkeiten. Dieser Wechsel zwischen sozialversicherungspflichtiger und selbstständiger Tätigkeit führt dazu, dass kaum Solisten in die KSK aufgenommen werden. Denn hierfür muss die selbstständige Tätigkeit über 50% des Jahreseinkommens ausmachen.

**Ist es richtig, Frau Ministerin, Herr Ministerpräsident, dass das Arbeitsstipendium für Selbstständige außerhalb der KSK (Phase 1 des Kulturpakets Corona) nur deshalb gegen Ende der Sommerpause geöffnet wurde, weil sich zu wenige beworben hatten?**

**Wie sah es Ende August aus? Wurde ausreichend darüber informiert, dass diese Mittel nun doch noch mehr Freischaffenden zur Verfügung standen?**

Die 2.000 Euro waren eine nette Geste, wurden freundlicherweise schnell genehmigt, gehen aber als Hilfe für so viele Monate Lohnausfall an der Lebensrealität vorbei.

Und für Ungeübte, auch kleinere Vereine in Phase 2, ist dieses Prozedere übrigens auch durchaus anspruchsvoll. Viele scheitern an den Hürden der Antragstellung, darunter auch Auftraggeber von mir, was für mich zum wiederholten Mal bedeutete: kein (Ausfall-)Honorar!

Auch das Projektstipendium, Phase 3, für Einzelkünstler in Höhe von 5.000 Euro, für Gruppen ab 3 Personen i. H. v. 18.000 Euro greift zu kurz und ist ein ungerechtes Hilfsprogramm.

**Was ist mit denjenigen, die zu nicht zu den glücklichen Empfänger:innen gehören, Frau Ministerin, Herr Ministerpräsident? Ist dies eine gewollte Auslese?**

**Ich frage Sie: Erachten Sie die Höhe dieses Projektstipendiums als ausreichend?**

Ich möchte Ihnen Zahlen nennen, die der Bundesverband Freie Darstellende Künste (BFDK) 2017 als fairen Lohn empfahl: Honorar für Gäste, die Mitglied in der KSK sind: 2.490 Euro pro Monat, ohne KSK-Mitgliedschaft 2.975 Euro. (Das ist schon nah dran am TV-H.)

Zum Verständnis: Wir proben in der Regel etwa 6 Wochen für ein Projekt. Bei drei Antragsteller:innen (bspw. Regie, Musik und Spiel) entstehen nach BFDK Honorare von 11.205 Euro bis 13.388 Euro. Weiterhin entstehen Kosten für Proberaummierte,

Anschaffungen für Bühnenbild, Kostüm, Requisite und deren Herstellung, gegebenenfalls durch externe Mitarbeiter:innen, Ausgaben für Grafik, Videoaufzeichnung sowie die Öffentlichkeitsarbeit u. v. m.. Demnach sind 18.000 Euro sehr knapp kalkuliert und erlauben lediglich eine Miniproduktion.

Sie erkennen unschwer, dass dies keine zusätzliche Hilfe für frei arbeitende Kulturschaffende in Zeiten der Pandemie ist, es bleibt nur ein weiterer Fördertopf, den man mit etwas Glück bekommen kann oder eben nicht. Was, wenn nicht? Dann verblieben lediglich 2.000 Euro finanzielle Unterstützung. Die erwarteten Einnahmen jedoch sind unwiederbringlich verloren!

### Wie kann die Vergabe von Stipendien tatsächlich eine schnelle und sichere Hilfe sein?

In diesen Tagen erreichen mich erneut Absagen von bereits angesetzten Ersatzvorstellungen. Obendrein habe ich fürs nächstes Jahr bisher lediglich eine lose Anfrage für einen Auftritt. Das ist alles sehr frustrierend, und eine gefühlte Ohnmacht, seitens der Politik im Stich gelassen zu werden, verstärkt diese negative Empfindung. Ob neue Projekte und Live-Auftritte umgesetzt werden können, steht in den Sternen.

Vergangenes Jahr konnte ich etwa 18.000 Euro Gewinn erwirtschaften, davon aus selbstständiger Tätigkeit ca. 11.000 Euro. Der im Sommer errechnete Jahresgewinn für 2020 von 7.000 Euro ist wohl wieder hinfällig. Ich bin Mitglied in der KSK. Sie erwartet bereits eine Prognose für 2021.

Ihre sogenannten Hilfspakete und der Hinweis auf den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung verfehlen das Ziel und Ihre in die Leere gelaufenen Versprechen enttäuschen mich nicht nur, sondern machen mich auch wütend. Gleichzeitig bin ich überrascht über Ihr Unwissen und Ihre Fehleinschätzungen.

Ihre Politiker-Kollegen, die Herren Habeck und Grundl, schlagen einen 10-Punkte-Plan vor, der sehr realitätsnah ist. Er erkennt nicht nur den immensen Wert der Kultur für unsere Gesellschaft und die Gefahr der Vernachlässigung ihrer Bedeutung, sondern beinhaltet vor allem konkrete, umsetzbare Anregungen. Beispielsweise:

- Punkt 2: Expertise der Branche hören
- Punkt 3: Existenzgeld
- Punkt 10: Die Branche krisenfest machen

**In welcher Form ist ein Lohnausgleich auch bei uns umsetzbar?** Ein Existenzgeld, anhand unseres Lebenslaufs und der Verträge in den letzten Jahren? Für Berufseinsteiger:innen vielleicht aufgrund ihres Abschlusses und der Verdienstprognose (Maßstab letztjährige Abgänger:innen) oder ALG I?

Sehr geehrte Frau Dorn, sehr geehrter Herr Bouffier, ich appelliere an Ihre Ein- und Weitsicht und Ihr Gewissen! Nehmen Sie Ihre von uns an Sie verliehenen Mandate wahr und helfen Sie uns! Geben Sie uns lösungsorientierte Antworten auf all die hier gestellten Fragen.

Die Länder sind Träger vieler Theater und somit verantwortlich für einen gerechten Tarifvertrag. Tragen sie aber damit nicht auch Verantwortung für die Angestellten und Gäste ihrer Häuser? Ich bitte Sie, sehr geehrte Frau Dorn, sehr geehrter Herr Bouffier, üben Sie politischen Druck auf die Theater aus und fordern Sie sie auf,

- Ausfallgagen in Höhe von mindestens 60 % zu zahlen, auch rückwirkend und für mündliche Verträge, und überprüfen Sie, dass gezahlt wird!
- keine Risiken seitens der Arbeitgeber auf die Arbeitnehmer/Gäste abzuwälzen (Zahlungsausschluss z. B. bei Höherer Gewalt, Corona-Klauseln etc.)!

Personal-, Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaft könnten hier Ihre Ansprechpartner:innen sein.

Zu guter Letzt möchte ich betonen, dass mir und meinen Mitstreiter:innen vollends klar ist, dass die Corona-Pandemie neben der immensen gesundheitlichen Dimension eine der größten Herausforderungen, wenn nicht sogar die größte der letzten Jahrzehnte darstellt. Sie zwingt unsere gesamte Gesellschaft - und damit natürlich auch alle politisch Verantwortlichen - dazu, Neuland zu betreten. Dies schließt Fehler nicht aus. Umso mehr müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Auch dafür habe ich diesen Offenen Brief geschrieben.

Nehmen Sie unser Angebot an und lassen Sie uns künftig auf Augenhöhe an gerechten Kompromissen arbeiten!

Bleiben und werden Sie schnell gesund, damit Sie kraftvoll uns Bürger:innen vertreten können!

In Erwartung Ihrer baldigen Stellungnahme verbleibe ich  
mit herzlichen Grüßen

Ihre Irina M. Ries  
DiplomschauspielerIn

**Irina Margarethe Ries**

\*1982 in Wiesbaden

2003-2007 Schauspielstudium mit Diplomabschluss an der BTA in München

Fest- und Gastengagements am Stadttheater Gießen, Staatstheater Wiesbaden, Landestheater Marburg,  
Landestheater Eisenach, Staatstheater Meiningen, Bruchwerk Theater Siegen u. w.

Inszenierungen am JUST Wiesbaden

Sprecherin und Coach

aktuell freischaffend

verheiratet, lebt in Gießen

Mitgliedschaften: GDBA, ensemble-netzwerk e. V., Initiatorin der Mahnwache #StummerSchrei am  
01.07.2020 vor dem Hessischen Landtag